

Dжихад am Nil

Radikale Muslime, Kopten und der Staat in Ägypten

In Ägypten entstand in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts die Bewegung der „Muslimbrüder“. Sie ist heute in ihrem Ursprungsland verboten, ihr Einfluß nimmt aber vor allem auf Grund der zunehmenden Verarmung und der Ineffizienz des Staates ständig zu. Durch einen „Marsch durch die Institutionen“ wollen die Muslimbrüder eine islamische Ordnung verwirklichen. Daneben gibt es in Ägypten, dem bevölkerungsreichsten arabischen Land, eine Reihe von Terrorgruppen mit islamisch-fundamentalistischem Hintergrund, deren Anschläge seit Wochen von sich reden machen.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht aus Ägypten von Angriffen auf Touristenbusse oder Auseinandersetzungen zwischen sogen. islamischen Fundamentalisten und der christlichen Minderheit der Kopten berichtet wird. Nachdem die Terrorangriffe zunächst im Süden des Landes stattgefunden hatten, haben sie in den vergangenen Wochen auch die Hauptstadt Kairo erreicht. Die politische Führung in Ägypten hat zum „totalen Krieg“ gegen die Terroristen aufgerufen, versucht mit Plakataktionen und anderen Werbekampagnen, die Bevölkerung gegen die Fundamentalisten einzunehmen und hat Sondergerichte zur Aburteilung von derartigen „Verbrechen gegen den Staat“ eingerichtet, in denen Militärrecht angewendet werden muß.

Auch wenn sich vieles aus der Perspektive des westlichen Zeitungslesers dramatischer darstellen mag, als es in Wirklichkeit ist, zeigt sich doch die wachsende Bedeutung radikaler islamischer Positionen in Ägypten, mögen sie sich nun in terroristischen Aktivitäten oder in einer quietistischen, zugleich aber von der ägyptischen Gesellschaft distanzierenden Haltung äußern. Eine dritte Gruppe versucht, mit einem „Marsch durch die Institutionen“ den Einfluß von radikal-islamischem Gedankengut in der ägyptischen Gesellschaft zu verstärken. Sie bemüht sich erfolgreich, bei Wahlen zu berufsständischen Organisationen wie der Anwälte-Vereinigung oder in Studentenparlamenten ihre Kandidaten durchzusetzen.

Religiöse Konflikte vor allem in den Schwerpunkten der Verarmung

Eine zusätzliche Facette der Anstrengungen radikal-islamischer Gruppen stellen die *Auseinandersetzungen mit der koptischen Minderheit* in Ägypten dar. Hierbei handelt es sich um ein relativ neues Phänomen, bei dem als Auslöser die politischen Auseinandersetzungen zwischen dem damaligen Staatspräsidenten *Anwar al-Sadat* und dem Oberhaupt der koptischen Kirche, Papst *Shenuda*, Anfang der achtziger Jahre angesehen werden müssen. Sadat hatte sich bemüht, seine Position gegenüber den radikalen Muslimen durch verbale Attacken auf die koptische Minderheit und ihre geistliche Führung zu stärken. Eine anti-koptische Haltung unter islamischen Radikalen war dagegen bis zum Beginn der 80er Jahre

nur in einer ausgesprochen latenten Form festzustellen. Erst mit den Angriffen Sadats rückte diese Thematik in den Blickpunkt einiger radikaler Muslime.

Bei vielen der aktuellen Auseinandersetzungen ist auch nicht deutlich, ob es sich um inter-religiöse Konflikte handelt oder um Auseinandersetzungen, die auf soziale und ökonomische Spannungen oder alte, aus persönlichen Gründen entstandene Feindschaften zurückgehen. Die muslimisch-christlichen Beziehungen haben sich in Ägypten durch die Geschichte hindurch weitgehend friedlich gestaltet. Es gab zwar einige Formen der Diskriminierung der Minderheit; doch war den Kopten beispielsweise nur selten der Weg einer Karriere in der staatlichen Verwaltung verschlossen. Bis in das 16. Jahrhundert hinein stellten die Kopten ohnehin die Mehrheit der Bevölkerung des Niltals und spielten in der Verwaltung eine wichtige Rolle. In der Zeit der osmanischen Oberherrschaft in Ägypten seit dem 16. Jahrhundert wurden sie von den fremden Herren kaum anders als die muslimischen Ägypter behandelt.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat der westliche Einfluß in Ägypten stark zugenommen. Kopten zeigten sich in dieser neuen Situation häufig flexibler als Muslime und gelangten schnell in wichtige Positionen des öffentlichen wie des intellektuellen Lebens im Lande. Ein gutes Beispiel dafür ist der gegenwärtige Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Butros Butros-Ghali*, der über viele Jahre hohe und höchste Positionen im ägyptischen Außenministerium innehatte. Schon früher sind aus seiner Familie wichtige ägyptische Politiker hervorgegangen.

Verschiedene Beobachter weisen darauf hin, daß die jüngsten Konflikte zwischen Muslimen und Christen zuerst in den Armenvierteln Kairs aufgebrochen sind und dann in den gemischten Siedlungsgebieten Oberägyptens. Bei beiden Konflikttherden handelt es sich um Schwerpunkte großer sozialer Spannungen und einer sich *dramatisch verschlimmernden Verarmung*. In den Slums wie auf dem Land hat in den vergangenen Jahren die Präsenz der staatlichen Autorität in der Form von Polizei, Militär, aber auch der traditionell immer noch politisch einflußreichen Oberschicht mehr und mehr nachgelassen. Das führte zu einer allgemeinen Unsicherheit und zu teilweise anarchischen Zuständen.

Ägypter unterschiedlicher Haltung und Herkunft sind der

Meinung, daß die Regierung dieser Situation über lange Zeit zu wenig Beachtung geschenkt hat. Von offiziellen Vertretern des ägyptischen Islams werden die Auseinandersetzungen zwischen den Religionen mit Sorge betrachtet. Man betont immer wieder die traditionelle und auch schon vom Propheten Muhammad zu Beginn der islamischen Geschichte praktizierte Toleranz des Islams den anderen monotheistischen Religionen gegenüber. Die Notwendigkeit einer Erneuerung und Verstärkung des christlich-islamischen Dialogs wird angesichts der Situation von immer mehr koptischen wie muslimischen Theologen und Intellektuellen gefordert.

Die Muslimbrüder glauben, daß der Islam sich zum Schlechteren entwickelt habe

Radikale Formen des Islam in der Moderne sind kein Phänomen der letzten Jahre und treten nicht nur im Land am Nil auf. Die wichtigste und einflußreichste Organisation des sogen. islamischen Fundamentalismus in Ägypten, die „Muslimbrüder“ (Ikhwan al-Muslimin), kann auf eine in die späten 20er Jahre unseres Jahrhunderts zurückreichende Geschichte zurückblicken. Von Ägypten aus konnte sie sich in alle Regionen der islamischen Welt ausbreiten. Gründer dieser Organisation war der 1909 in einer kleinen Stadt nördlich von Kairo geborene *Hasan al-Banna*. Er stammte aus einer religiös geprägten, kleinbürgerlichen Familie und erhielt nach dem Abschluß der Elementarschule vom Alter von vierzehn Jahren an eine Ausbildung zum Lehrer. In dieser Phase seiner Entwicklung zeigte er eine tiefe Neigung zur islamischen Mystik. Schon früh war ihm der starke westliche Einfluß auf alle Bereiche der ägyptischen Gesellschaft bewußt geworden. Er entwickelte eine tiefe Sorge um die ägyptische Jugend, die er schädlichen, unislamischen Einflüssen ausgesetzt sah.

Darunter sind nicht zuletzt die in den zwanziger und dreißiger Jahren aktuellen modernistischen und laizistischen Tendenzen in islamischen Ländern wie der Türkei, dem Iran oder Afghanistan zu verstehen, die auch in der ägyptischen Öffentlichkeit ihre Anhänger fanden. Daher gehörte al-Banna 1927 zu den Gründern des „Muslimischen Vereins junger Männer“. Die Gründung dieses Vereins war nicht zuletzt eine Reaktion auf Versuche verschiedener protestantischer Missionsgesellschaften, in Ägypten Muslime zum Christentum zu bekehren. Ein Jahr später gründete er dann die „Muslimbruderschaft“. Als Hasan al-Banna 1949 ermordet wurde, hinterließ er eine mächtige Organisation von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Ideologie der Organisation entwickelte sich nach und nach. Formuliert wurde sie vor allem von *Sayyid Qutb* (1966 unter *Abd al-Nasr* hingerichtet), der sich vor allem in seiner Studienzeit in den USA zu einem glühenden Anhänger von al-Banna entwickelt hatte. Seine Werke erfreuen sich auch heute noch weit über Ägypten hinaus einer großen Nachfrage. So wird eine Übersetzung seines Koran-Kommentars in eng-

lisch-sprachigen Tageszeitungen in Saudi-Arabien in Fortsetzungen abgedruckt. Kernpunkt der Vorstellungen der Muslimbrüder im religiösen Bereich ist die Ansicht, daß sich der Islam spätestens mit dem Beginn der Herrschaft der Omayyadendynastie von Damaskus im Jahre 661 ständig zum Schlechteren hin entwickelt habe. Sie nehmen damit Positionen auf, die von islamischen Reformern wie *Djamal al-Din al-Afghani* und *Muhammad Abduh* Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt wurden.

Kritik übten die Muslimbrüder vor allem an den institutionalisierten Formen des Islams, in besonderer Weise an der Azhar-Universität, der wohl bedeutendsten theologisch-juristischen Ausbildungsstätte des sunnitischen Islams. Ihr warfen sie trocken-staubiges Gelehrtentum und fehlenden Kontakt zu den Realitäten des muslimischen Lebens in Ägypten vor. Gegen die zahlreichen in Ägypten sehr einflußreichen Mystiker-Organisationen wandten sie ein, sie hätten sich vom ursprünglichen Islam weg entwickelt und trügen durch ihren Fraktionismus zu einer Schwächung der islamischen Welt bei. Die Muslimbrüder lehnten auch eine Betonung der unterschiedlichen islamischen Rechtsschulen strikt ab.

Die politischen Vorstellungen der Muslimbrüder waren geprägt durch die *Ablehnung des parlamentarischen Systems*, wie es in Ägypten praktiziert wurde, scharfe Kritik an der weit verbreiteten Korruption und der Konzentration der tatsächlichen Macht in der Hand einiger weniger Personen, die von westlichen Vorstellungen beeinflusst oder gar im Westen erzogen worden waren. Für das ideale politische System im Islam zogen die Muslimbrüder einen Vergleich mit dem islamischen Pflichtgebet. „Der Muezzin ruft, das Gebet beginnt, jeder folgt dem Vorbeter in seinen Handlungen. Es herrscht Einheit und Disziplin.“ Es handelt sich nach ihren Vorstellungen jedoch nicht um eine Diktatur, weil der Vorbeter bzw. der politische Führer von jedem Mitglied der Gemeinde kritisiert und korrigiert werden muß, wenn sich seine Handlungen oder Vorstellungen als nicht mit dem Islam vereinbar herausstellen.

Auf dem „Marsch durch die Institutionen“

Heftig kritisierten die Muslimbrüder auch die ungleiche und ungerechte Verteilung des Eigentums in Ägypten, die sie als unislamisch ansahen. Besonders die öffentliche Moral Ägyptens stand im Mittelpunkt der Kritik der Muslimbrüder. Vor allem das Auftreten von Frauen in der Öffentlichkeit und ihr Umgang mit zu ihnen in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis stehenden Männern wurde entschieden abgelehnt.

Alle negativen Phänomene der ägyptischen Gesellschaft wurden auf den Einfluß des Westens zurückgeführt. Dieser stellte sich in Ägypten, aber auch in anderen Teilen der islamischen Welt, nicht zuletzt als Kolonialismus britischer oder französischer Prägung dar. Ihn zu bekämpfen betrachteten die Muslimbrüder als eine religiöse Pflicht. Die Kritik am Westen be-

deutete jedoch nicht, daß man dessen technologische Entwicklungen in Bausch und Bogen ablehnte. Muslimbrüder gehen auch heute mit Telefon und Computer genau so selbstverständlich um, wie sie ihre religiösen Pflichten erfüllen. Sie sehen auch durchaus die kulturelle Spannung, die mit der Übernahme dieser modernen Technologien entsteht. Einer Lösung dieser komplizierten, die islamische Identität betreffenden Frage ist man allerdings noch nicht näher gekommen.

An die Stelle des bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems soll nach der Vorstellung der Muslimbrüder das islamische System (Arabisch: *nizam islami*) treten. Das Prinzip dieses Systems läßt sich am ehesten mit dem alten islamischen politischen Satz „Das Gute befehlen und das Schlechte verhindern“ (Arabisch: *amr bil-l-ma'ruf wa nahy 'an al-munkar*) kennzeichnen. Gefordert wurde der „islamische Staat“. Erreicht werden soll dieses System durch die verschiedensten politischen Mittel, von der politischen Basis-Arbeit über die Mitwirkung am parlamentarischen System bis hin zum Einsatz von Gewalt.

Die Muslimbrüder gründeten eine Vielzahl von *Bildungsinstitutionen und karitativen Einrichtungen* wie Kindergärten, Waisenhäusern oder Armenküchen, die gerade in den Bereichen des öffentlichen Lebens aktiv waren, in denen der ägyptische Staat offensichtlich versagte. Das ließ sich noch bei dem Erdbeben feststellen, das im vergangenen Jahr Kairo erschütterte. Hilfskräfte aus den Reihen der Muslimbrüder eilten den Betroffenen sofort zur Hilfe, während staatliche Einrichtungen viel Zeit brauchten, ehe sie mit ihren Aktivitäten begannen. Es entstand im übrigen auch eine Parallel-Organisation für Frauen, die „Muslim-Schwestern“, in der frauenspezifische Fragen und Probleme von Frauen für Frauen behandelt werden.

Eine Vielzahl von terroristischen Gruppen mit fundamentalistischem Hintergrund

Die Muslimbrüder konzentrierten ihre Arbeit nicht auf Ägypten, sondern bemühen sich nicht ohne Erfolg, auch in anderen arabischen und islamischen Ländern Anhänger für ihre Position zu finden. Das erwies sich insofern als günstig, als man in Ägypten, aber auch in anderen Ländern, auf die Radikalität der Muslimbrüder von staatlicher Seite mit politischen, aber auch mit juristischen und polizeilichen Mitteln reagierte. Die Organisation wurde mehrfach verboten und führte vor allem zur Zeit des ägyptischen Präsidenten Abd al-Nasr ein Untergrunddasein. Die internationale Verbreitung der Muslimbrüder trug dazu bei, daß verfolgte Mitglieder in andere Länder ausweichen konnten und die staatlichen Bemühungen zur Ausschaltung der Organisation weitgehend fehlschlügen. Seit den achtziger Jahren hat die Muslimbruderschaft in ihrer politischen Praxis der Gewalt mehr oder weniger abgeschworen. Auch wenn die Gruppierung in Ägypten noch nicht wieder offiziell zugelassen ist, weiß man doch von einer Reihe

von Parlamentariern und höheren Angehörigen der Verwaltung, ja sogar der Regierung, daß sie dem Gedankengut der Muslimbrüder nahestehen oder sogar Mitglieder sind. Die Muslimbrüder versuchen heute, mit einem „Marsch durch die Institutionen“ das Ziel der „islamischen Ordnung“ zu verwirklichen.

Während die Muslimbrüder in Ägypten viel von ihrer Aggressivität verloren haben, konnte sich dort seit der Mitte der siebziger Jahre eine *Vielzahl von terroristischen Gruppen* mit einem islamisch-fundamentalistischen Hintergrund bilden. Grund für die Attraktivität der Gruppen ist sicherlich die Tatsache, daß sie mit ihrer Ideologie eine Erklärung für die persönlichen Enttäuschungen vieler junger Ägypter angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation bieten. In diesen Gruppen läßt sich im Unterschied zu den Muslimbrüdern ein deutliches *theologisches Defizit* feststellen. Das ist insofern nicht erstaunlich, als die Mehrzahl der Mitglieder in vielen Fällen Ausbildungen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften absolviert haben und daher in der Regel theologische Autodidakten sind. Sie lehnen den ägyptischen Staat als heidnisch und ungläubig ab. Kennzeichen für das Fehlen jedes islamischen Elements in der ägyptischen Gesellschaft sind nach ihrer Meinung u.a. die Möglichkeit, öffentlich Alkohol zu konsumieren, und die Verbreitung von Unmoral und Dekadenz durch importierte Fernsehsendungen wie „Dallas“.

Mit ihrer Ablehnung des Staates beziehen sie einen sehr viel radikaleren Standpunkt als die Muslimbrüder. Ihnen geht es nicht nur um eine „islamische Ordnung“, sondern um einen „islamischen Staat“. Um diesen Staat zu errichten, muß die bestehende Ordnung vernichtet werden. Kritisch betrachtet werden alle, die das herrschende System unterstützen. Zu ihnen gehören neben den führenden Vertretern des politischen Lebens, dem Militär und den Sicherheitseinrichtungen auch die Vertreter des offiziellen Islams, die als „Religionsgelehrte der Macht“ (Arabisch: 'Ulama al-hafiz) bezeichnet werden. Während bei früheren Wellen eines islamisch begründeten Terrorismus Vertreter der Azhar-Universität und anderen religiöser Institutionen versuchten, in Gesprächen mit inhaftierten Aktivisten solcher Gruppen diesen ihr falsches Verständnis vom Islam zu verdeutlichen und bei diesen Bemühungen durchaus Erfolg hatten, ist von derartigen Versuchen in jüngster Zeit nicht mehr berichtet worden.

Während die Terrorgruppen in den vergangenen Jahren ihre Aktionen gegen die Repräsentanten des offiziellen Ägypten richteten, werden nun mehr und mehr Touristengruppen Ziel dieser Angriffe, wobei angeblich aber Opfer unter den Besuchern des Landes nicht beabsichtigt sind. Auf diese Weise soll der Tourismus als eine der wenigen Devisenquellen Ägyptens geschädigt werden. Angesichts der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes ist diese Taktik für eine Destabilisierung der Wirtschaft und damit des herrschenden Systems erfolgversprechend. Es hat zumindest den Anschein, daß diese Aktionen sehr viel koordinierter durchgeführt werden als frühere Attentate. Während sich noch vor wenigen Jahren die

verschiedenen Terrorgruppen in Ägypten auch gegenseitig bekämpften und in immer neue Fraktionen aufspalteten, hat inzwischen offenbar eine Vereinheitlichung stattgefunden. Das Regime von Präsident *Mubarak* setzt sich gegen die Gruppen inzwischen immer heftiger zur Wehr.

Es ist zu erwarten, daß die Auseinandersetzungen zwischen der Staatsmacht und den Terrorgruppen weiter zunehmen werden. Eine Entspannung ist nur zu erwarten, wenn sich die

allgemeine Lage des Landes im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erheblich verbessert. Falls dies nicht geschieht, wird sich die Anhängerschaft radikaler Gruppen verstärken. Ebenso ist zu erwarten, daß sich die große Organisation der Muslimbrüder mehr und mehr zu einem stabilisierenden Element im Land entwickeln wird, auf dessen ideologische Forderungen das herrschende Regime sich immer stärker einstellen wird, um ihre Unterstützung zu gewinnen. *Peter Heine*

„Wir Ostdeutsche werden mit Nachdruck Gleichberechtigung einfordern“

Ein Gespräch mit ZdK-Vizepräsidentin Maria Luise Blazejewski

Nach der Einigung zwischen Bund und Ländern über den „Solidarpakt“ stehen jetzt die finanziellen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung in den neuen Bundesländern. Wie sehen die Menschen dort heute ihre Situation? Wie setzen sie sich mit ihrer DDR-Vergangenheit auseinander? Welche besonderen Probleme haben Kinder und Jugendliche. Wo liegen die Herausforderungen für die christliche Minderheit? Darüber sprachen wir mit Maria Luise Blazejewski, die im November 1992 in das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt wurde. Frau Blazejewski leitet das Gymnasium im thüringischen Saalfeld. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Frau Blazejewski, aus den neuen Bundesländern kommen derzeit sehr unterschiedliche Signale. Es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß viele Menschen unter den neuen Verhältnissen inzwischen Tritt gefaßt haben, es gibt aber auch Zeichen von Resignation und Verbitterung. Wie schätzen Sie die allgemeine Stimmungslage ein?

Blazejewski: Die Stimmungslage ist ambivalent und läßt sich am besten verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Wiedervereinigung vollzogen wurde. Durch die Art des Beitritts über den Paragraphen 23 des Grundgesetzes ist gleichsam festgeschrieben worden, daß es im wiedervereinigten Deutschland Lehrer und Schüler, erfolgreiche und gescheiterte Deutsche gibt. Dies wird im Osten schmerzlicher empfunden als die Trennung durch die Mauer. Bitterkeit ist eine Phase des Trauerns nach dem tragischen Zerbrennen von Lebensentwürfen. Die persönlichen Opfer und Schwierigkeiten mit der Umstellung auf eine völlig andere gesellschaftliche Struktur überdecken die Zustimmung zum politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, an der meines Erachtens grundsätzlich aber nicht zu zweifeln ist.

HK: Ist die Grundzustimmung zur Staats- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik in den neuen Ländern wirklich so allgemein? Wie steht es denn mit dem Teil der Bevölkerung,

für den das Ende der DDR wenig greifbare Vorteile brachte, sondern – zumindest in ihrer persönlichen Optik – eher ein Verlustgeschäft war?

Blazejewski: Unter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stagnation in der DDR hat die Bevölkerungsmehrheit gelitten. Ich kann in der Diskussion innerhalb der neuen Länder nicht wahrnehmen, daß Vorteile und Verluste aufgerechnet würden. Dies bestimmt eher die Beziehung zu den Ländern und Menschen in der alten Bundesrepublik und ergibt sich aus der Wahrnehmung, daß die Lasten der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte einseitig auf die östlichen Länder abgewälzt werden. Dazu kommt, daß Erwartungen enttäuscht und Investitionsversprechen nicht eingehalten wurden, rücksichtsloser Bereicherung nicht gewehrt wurde. Man vermißt darüber hinaus in der Politik eine klare Linie, die notwendige Verlässlichkeit.

HK: Ein erheblicher Prozentsatz der Menschen in den neuen Ländern ist derzeit arbeitslos bzw. in ABM-Maßnahmen tätig. Wird die Arbeitslosigkeit von den Betroffenen als ein schmerzlicher, aber letztlich notwendiger Preis betrachtet, der für den Anschluß an das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zu entrichten ist, oder trauert man teilweise den Zeiten nach, in denen es keine Arbeitslosigkeit gab?